

Internationaler Gedenktag für verstorbene Drogengebrauchende am 21. Juli

MV
19.07.23

Jüngst fordert verlässliche Finanzierung

-wol- RHEINE. Bereits zum 26. Mal jährt sich in diesem Jahr am 21. Juli der mittlerweile „Internationale Gedenktag für verstorbene Drogengebrauchende“. Die Bedeutung dieses Tages und die damit verbundenen Leiden vieler Familien haben sich allerdings „nicht verbessert“, schreibt Joachim Jüngst, Leiter der Jugend- und Drogenberatung Aktion Selbsthilfe in Rheine in einer Pressemitteilung. „Ganz im Gegenteil.“ Erneut sei die Zahl der Drogentoten in Deutschland um neun Prozent gestiegen – auf mittlerweile 1990 Menschen im Jahr 2022, davon 703 in NRW. Das Durchschnittsalter aller Drogentoten beträgt 40,55 Jahre. „Das ist wirklich besorgniserregend“, meinen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugend- und Drogenberatung.

Auch in Rheine und im Kreis Steinfurt sterben demnach „jährlich viele junge Menschen“ an den direkten und indirekten Folgen von Drogenkonsum. Diese Menschen hätten oft mit einer großen Stigmatisierung und dem Vorurteil zu kämpfen, dass „die doch selber schuld sind“. Allzu oft werde dabei der Umstand vergessen, dass



Joachim Jüngst, Leiter der Drogenhilfe in Rheine, kann den Tariflohn nicht bezahlen. Foto: MV-Archiv



es sich regelmäßig „um schwerstkranke Menschen oder zutiefst traumatisierte Personen handelt, die viel schmerzliches Leid in ihrem Leben erfahren haben“, schreibt Jüngst.

2022 sei das fünfte Jahr in Folge mit steigenden Todesfällen – was die Mitarbeitenden in der Drogenhilfe nicht hinnehmbar finden. „Es müssen dringend Maßnahmen getroffen werden, die diese Entwicklung umkeh-

ren“, verlangt Jüngst. So sei etwa die flächendeckende Verteilung von Naloxon als Nasenspray ein wichtiger Beitrag. Das Opioid-Antagonist könne die potenziell tödlichen Auswirkungen einer Überdosierung verhindern. Das verschreibungspflichtige Medikament sei wie ein „Turbo-Entzug in Sekunden“, beschreibt Jüngst. Es werde derzeit von einem Arzt in Rheine verschrieben und von etwa einem Dutzend Klienten eingesetzt. Nötig sei auch ein Monitoring der öffentlichen Gesundheit, um passgenaue Hilfen zur Prävention von Drogentodesfällen zu ermöglichen.

„Zudem muss die flächendeckende Einrichtung von Drogenkonsumräumen in allen Bundesländern stattfinden, um bei Drogennotfällen fachgerecht eingreifen zu können und Konsumierende den niedrigschwelligen Zugang zum Hilfesystem zu ermöglichen“, meint Jüngst. Das sei zwar auch auf kommunaler Ebene möglich, aber da gehe es um Infrastruktur und Sicherheitsmaßnahmen. Daher denke man das für Rheine derzeit nicht an.

Sehr wohl von örtlicher Bedeutung ist hingegen Geld:

„Vor allem muss die Finanzierung der Angebote der Drogen- und Suchthilfe gesichert sein“, meinte Jüngst. Die Leistungserbringung der Suchthilfe sei immer wieder von Kürzungen bedroht und müsse endlich „durch eine verlässliche Finanzierungsgrundlage gesichert sein“, sagte er.

Zwar finanzieren Stadt Rheine und Kreis Steinfurt die Arbeit der Drogenhilfe zu 75 Prozent; die verbleibenden 25 Prozent entfallen auf das Betreute Wohnen und werden vom LWL getragen. Doch die im April verhandelten Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst (plus Inflationsausgleich) haben bisher nicht zu einer Erhöhung des Ansatzes geführt. Die Folge: Jüngst kann sein 13-köpfiges Team nicht nach geltendem Recht bezahlen. „Die Erhöhung können wir derzeit nicht ausbezahlen“, sagte er.

■ Aufgrund von Personalmangel durch kurzfristige Erkrankungen verzichtet die Drogenhilfe Rheine auf öffentliche Aktionen zum Gedenktag am 21. Juli. Geplant sei am Donnerstag aber ein Nachbarschafts- und Begegnungsfest mit dem Cebeef; dabei werde es eine Gedenk-Ecke geben, und man wolle Tafeln mit Namen von Verstorbenen aufstellen.